

## **Anlagenverzeichnis**

Anlage 1) MA-OECD in Auszügen.....	3
Anlage 2) Art. 25 MA-UN.....	13
Anlage 3) Art. 28 A DBA United Kingdom – Deutschland.....	15
Anlage 4) Art. 25 DBA USA – Deutschland 1991 .....	17
Anlage 5) Art. 25 DBA USA (Stand: 1.6.2006).....	23
Anlage 6) Art. 25 US Model Convention 1996 .....	27
Anlage 7) Vorschlag der ICC.....	29
Anlage 8) Vorschlag der IFA.....	33
Anlage 9) Übersicht über DBA Deutschland (Stand 1.1.2006) .....	41



## **Anlage 1) MA-OECD in Auszügen**

# **OECD-Musterabkommen 2003 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (OECD-MA 2003)**

Stand: Januar 2003

### **Inhalt des Abkommens**

#### **Überschrift und Präambel**

#### **Abschnitt I. Geltungsbereich des Abkommens**

Art. 1 Unter das Abkommen fallende Personen

Art. 2 Unter das Abkommen fallende Steuern

#### **Abschnitt II. Begriffsbestimmungen**

Art. 3 Allgemeine Begriffsbestimmungen

Art. 4 Ansässige Personen

Art. 5 Betriebstätte

#### **Abschnitt III. Besteuerung des Einkommens**

Art. 6 Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

Art. 7 Unternehmensgewinne

Art. 8 Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt und Luftfahrt

Art. 9 Verbundene Unternehmen

Art. 10 Dividenden

Art. 11 Zinsen

Art. 12 Lizenzgebühren

Art. 13 Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

Art. 14 [aufgehoben]

Art. 15 Einkünfte aus unselbständiger Arbeit

Art. 16 Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Art. 17 Künstler und Sportler

Art. 18 Ruhegehälter

Art. 19 Öffentlicher Dienst

Art. 20 Studenten

Art. 21 Andere Einkünfte

#### **Abschnitt IV. Besteuerung des Vermögens**

Art. 22 Vermögen

#### **Abschnitt V. Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung**

Art. 23 A Befreiungsmethode

Art. 23 B Anrechnungsmethode

#### **Abschnitt VI. Besondere Bestimmungen**

Art. 24 Gleichbehandlung

Art. 25 Verständigungsverfahren

Art. 26 Informationsaustausch

Art. 27 Amtshilfe bei der Erhebung<sup>1</sup> von Steuern

Art. 28 Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

Art. 29 Ausdehnung des räumlichen Geltungsbereichs

#### **Abschnitt VII. Schlussbestimmungen**

Art. 30 Inkrafttreten

Art. 31 Kündigung

### **Art. 1 Unter das Abkommen fallende Personen**

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

### **Art. 2 Unter das Abkommen fallende Steuern**

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) (in Staat A): ...

b) (in Staat B): ...

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

### **Art. 3 Allgemeine Begriffsbestimmungen**

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

a) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;

b) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;

c) bezieht sich der Ausdruck „Unternehmen“ auf die Ausübung einer Geschäftstätigkeit;

d) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;

e) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;

f) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“

i) (in Staat A): ...

ii) (in Staat B): ...

g) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“ in Bezug auf einen Vertragsstaat

i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit oder Staatsbürgerschaft dieses Vertragsstaats besitzt; und

ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in diesem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist;

h) schließt der Ausdruck „Geschäftstätigkeit“ auch die Ausübung einer freiberuflichen oder sonstigen selbständigen Tätigkeit ein.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

#### **Art. 4 Ansässige Person**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

**Art. 5 Betriebsstätte**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 - für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen

ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Geschäftstätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat

### **Art. 9 Verbundene Unternehmen**

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist, oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.



**Art. 23 A Befreiungsmethode**

(1) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und können diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen im anderen Vertragsstaat besteuert werden, so nimmt der erstgenannte Staat vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.

(2) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10 und 11 im anderen Vertragsstaat besteuert werden können, so rechnet der erstgenannte Staat auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der im anderen Staat gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der von der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus dem anderen Staat bezogenen Einkünfte entfällt.

(3) Einkünfte oder Vermögen einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in diesem Staat auszunehmen sind, können gleichwohl in diesem Staat bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

(4) Absatz 1 gilt nicht für Einkünfte oder Vermögen einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, wenn der andere Vertragsstaat dieses Abkommen so anwendet, dass er diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung ausnimmt oder Absatz 2 des Artikels 10 oder des Artikels 11 auf diese Einkünfte anwendet.

**Art. 23 B Anrechnungsmethode**

(1) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und können diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen im anderen Vertragsstaat besteuert werden, so rechnet der erstgenannte Staat

- a) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der im anderen Staat gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;
- b) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in dem anderen Vertragsstaat gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die im anderen Staat besteuert werden können oder auf das Vermögen, das dort besteuert werden kann, entfällt.

(2) Einkünfte oder Vermögen einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in diesem Staat auszunehmen sind, können gleichwohl in diesem Staat bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

#### **Art. 24 Gleichbehandlung**

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 6 oder Artikel 12 Absatz 4 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

### **Art. 25 Verständigungsverfahren**

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

**Art. 26 Informationsaustausch**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Satz 1 genannten Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

**Art. 28 Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen**

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

## **Anlage 2) Art. 25 MA-UN**

### **UN.25**

1. Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Convention, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of article 24, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Convention.

2. The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with this Convention. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

3. The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Convention.

4. The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly, including through a joint commission consisting of themselves or their representatives, for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs. The competent authorities, through consultations, shall develop appropriate bilateral procedures, conditions, methods and techniques for the implementation of the mutual agreement procedure provided for in this article. In addition, a competent authority may devise appropriate unilateral procedures, conditions, methods and techniques to facilitate the above-mentioned bilateral actions and the implementation of the mutual agreement procedure.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Abgedruckt in OECD-Kommentar in Baker 2003, S. UN-22.



## **Anlage 3) Art. 28 A DBA United Kingdom – Deutschland**

### **Artikel XVIII A**

(1) Ist eine in einem der Gebiete ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien für sie zu einer Besteuerung geführt haben oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach innerstaatlichem Recht dieser Gebiete vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der Finanzbehörde des Gebietes unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

(2) Hält diese Finanzbehörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der Finanzbehörde des anderen Gebietes so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die Finanzbehörden der Gebiete werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen.

(4) Dies Abkommen schließt es nicht aus, daß die Steuer eines der Gebiete im Abzugswege an der Quelle nach den Sätzen erhoben wird, die maßgebend wären, wenn dies Abkommen nicht in Kraft wäre. Sind die betreffenden Einkünfte nach diesem Abkommen in diesem Gebiet von der Steuer befreit oder übersteigt der so einbehaltene Steuerabzug den Steuerbetrag, der sich in diesem Gebiet bei Anwendung dieses Abkommens ergibt, so ist die so einbehaltene Steuer oder der übersteigende Steuerbetrag auf Antrag des Empfängers der Einkünfte beim zuständigen Finanzamt zu erstatten. Die Erstattung ist vorzunehmen, wenn sie innerhalb von 3 Jahren, beginnend mit dem Tage des Zufließens der Einkünfte oder innerhalb einer längeren Frist beantragt worden ist, die das in dem betreffenden Gebiet geltende Recht dafür einräumt.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> BGBl II 1971, 51.





## **Anlage 4) Art. 25 DBA USA – Deutschland 1991<sup>3</sup>**

### **Artikel 25 Verständigungsverfahren**

(1) Ist eine Person der Auffassung daß Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsbehelfe ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 (Gleichbehandlung) erfaßt wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muß innerhalb von vier Jahren nach der Bekanntgabe der Steuerfestsetzung unterbreitet werden, die zur Doppelbesteuerung oder einer diesem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine diesem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen oder anderen verfahrensrechtlichen Beschränkungen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Insbesondere können sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einigen über:

- a) die übereinstimmende Zurechnung von Einkünften, Abzügen, Anrechnungs- oder Freibeträgen bei der Betriebsstätte eines Unternehmens eines Vertragsstaats, die im anderen Vertragsstaat liegt;
- b) die übereinstimmende Abgrenzung von Einkünften, Abzügen, Anrechnungs- oder Freibeträgen zwischen verbundenen Unternehmen und anderen Personen nach den in Artikel 9 (Verbundene Unternehmen) niedergelegten Grundsätzen;
- c) die Beilegung von Anwendungskonflikten bei diesem Abkommen, einschließlich der
  - aa) Qualifikation bestimmter Einkünfte,

---

<sup>3</sup> Das zugrundeliegende DBA wurde am 29.08.1989 zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen.

- bb) Qualifikation von Personen,
  - cc) Anwendung von Regelungen über die Quelle bestimmter Einkünfte und
  - dd) der Behandlung von Einkünften, die nach dem Steuerrecht des Quellenstaats den Einkünften aus Aktien gleichgestellt sind und im anderen Staat anderen Einkünften zugeordnet werden;
- d) die gemeinsame Auslegung eines Ausdrucks;
- e) eine den Zielen dieses Abkommens entsprechende Anwendung von Verfahrensvorschriften des innerstaatlichen Rechts (einschließlich der Vorschriften über Zuschläge, Geldstrafen und Verzinsung); und
- f) eine Erhöhung der in den Artikeln 17 (Künstler und Sportler) und 20 (Gastprofessoren und –lehrer; Studenten und Auszubildende) genannten Beträge zur Berücksichtigung der wirtschaftlichen und monetären Entwicklung.

Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in den Fällen vermieden werden kann, die in diesem Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren. Bezieht sich das Verfahren auf einen Einzelfall, so haben die Betroffenen das Recht, ihren Standpunkt der zuständigen Behörde eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten darzulegen. Erscheint ein mündlicher Meinungs austausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungs austausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.<sup>4</sup>

(5) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit möglich, von den zuständigen Behörden beigelegt. Können die zuständigen Behörden die Meinungsverschiedenheit nicht beilegen, so kann sie einem Schiedsverfahren unterworfen werden, wenn beide zuständigen Behörden zustimmen. Das Verfahren wird zwischen den Vertragsstaaten durch Notenwechsel auf diplomatischem Weg vereinbart und geregelt.<sup>5</sup>

---

<sup>4</sup> BGBl II 1991, 371.

<sup>5</sup> BGBl II 1991, 372.

**Auszug aus dem Protokoll zum DBA USA-Bundesrepublik Deutschland vom 29.08.1989:****(23) Zu Artikel 25 (Verständigungsverfahren)**

Dieser Artikel ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat, einen von einer Person ausgesprochenen Verzicht auf ihre Rechte nach diesem Artikel unberücksichtigt zu lassen.

**(24) Zu Artikel 25 Absatz 5 (Verständigungsverfahren)**

Die für den Einzelfall zu treffende Entscheidung der Schiedsstelle ist für beide Vertragsstaaten für diesen Einzelfall bindend.

**(25) Zu Artikel 25 Absatz 5 (Verständigungsverfahren) und Artikel 26 (Informationsaustausch und Amtshilfe)**

Die Vertragsstaaten können der Schiedsstelle die Informationen überlassen, die zur Durchführung des Schiedsverfahrens erforderlich sind, jedoch unterliegen die Mitglieder der Schiedsstelle den für die Offenlegung geltenden Beschränkungen nach Artikel 26.<sup>6</sup>

**Auszug aus dem Notenwechsel vom 29.08.1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA:**

(1) Die zuständigen Behörden können sich erst dann darauf einigen, in einem Einzelfall ein Schiedsverfahren einzuleiten, wenn die Verfahren nach Artikel 25 Absätze 1 bis 4 voll ausgeschöpft worden sind und wenn der Steuerpflichtige / die Steuerpflichtigen dem Schiedsverfahren zustimmt/ zustimmen und sich schriftlich bereit erklärt/ erklären, die schiedsrichterliche Entscheidung als bindend anzuerkennen. Die zuständigen Behörden leiten im allgemeinen kein Schiedsverfahren über Angelegenheiten betreffend die Steuerpolitik oder das innterstaatliche Steuerrecht eines der Vertragsstaaten ein.

(2) Die zuständigen Behörden setzen für jeden Einzelfall eine Schiedsstelle in der folgenden Weise ein:

- a) Eine Schiedsstelle besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Jede zuständige Behörde ernennt die gleiche Anzahl von Mitgliedern; diese Mitglieder einigen sich auf die Ernennung des/der anderen Mitglieds/Mitglieder.
- b) Das andere Mitglied/die anderen Mitglieder der Schiedsstelle kommt/kommen aus einem der Vertragsstaaten oder aus einem anderen OECD-Mitgliedstaat. Die zuständigen Behörden können noch

---

<sup>6</sup> BGBl II 1991, 382.

weitere Anweisungen betreffend die Kriterien für die Auswahl des/der anderen Mitglieds/Mitglieder der Schiedsstelle erlassen.

- c) Die Mitglieder der Schiedsstelle (und ihre Bediensteten) müssen sich bei ihrer Ernennung schriftlich bereit erklären, die geltenden Bestimmungen beider Vertragsstaaten und des Abkommens betreffend die Vertraulichkeit und die Offenlegung von Informationen zu beachten und sich diesen Bestimmungen zu unterwerfen. Wenn diese Bestimmungen voneinander abweichen, gilt die jeweils strengere Regelung.<sup>7</sup>

(3) Die zuständigen Behörden können sich auf bestimmte Verfahrensregeln, etwa in bezug auf die Ernennung eines Vorsitzenden, Verfahren für die Entscheidungsfindung, die Festsetzung von Fristen etc., einigen und die Schiedsstelle entsprechend anweisen. Im übrigen legt die Schiedsstelle ihre eigenen Verfahrensregeln fest, die den allgemein anerkannten Billigkeitsgrundsätzen entsprechen müssen.

(4) Den Steuerpflichtigen und/oder ihren Vertretern ist Gelegenheit zu geben, der Schiedsstelle ihre Auffassungen darzulegen.

(5) Die Schiedsstelle entscheidet jeden Einzelfall auf Grund des Abkommens unter gehöriger Beachtung des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten und der Grundsätze des Völkerrechts. Die Schiedsstelle leitet den zuständigen Behörden eine Erläuterung ihrer Entscheidung zu. Die Entscheidung der Schiedsstelle im jeweiligen Fall ist für beide Vertragsstaaten und den/die Steuerpflichtigen für den betreffenden Fall bindend. Die Entscheidung der Schiedsstelle hat keine präjudizielle Wirkung; es wird aber davon ausgegangen, daß die Entscheidungen in Fällen, die den zuständigen Behörden später unterbreitet werden und die denselben/dieselben Steuerpflichtigen, dieselbe(n) Sachfrage(n) und im wesentlichen ähnliche Sachverhalte betreffen, gewöhnlich berücksichtigt werden und gegebenenfalls auch in anderen Fällen berücksichtigt werden können.<sup>8</sup>

(6) Die Kosten des Schiedsverfahrens werden wie folgt getragen:

- a) Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten der Vergütung für das von ihm ernannte Mitglied/ die von ihm ernannten Mitglieder und für seine Vertretung in den Verhandlungen vor der Schiedsstelle;
- b) die Kosten der Vergütung für das andere Mitglied/ die anderen Mitglieder und alle sonstigen Kosten der Schiedsstelle werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen; und
- c) die Schiedsstelle kann über eine andere Aufteilung der Kosten entscheiden.

---

<sup>7</sup> BGBl II 1991, 384.

<sup>8</sup> BGBl II 1991, 384.

Hält es jedoch die zuständige Behörde eines Vertragsstaats in einem Einzelfall angesichts der Art des Falles und der Rolle der Parteien für zweckmäßig, so kann sie den/die Steuerpflichtigen auffordern, sich bereit zu erklären, als Voraussetzung für die Einleitung des Schiedsverfahrens den Kostenanteil dieses Vertragsstaats zu übernehmen.

(7) Die zuständigen Behörden können vereinbaren, diese Verfahrensregeln zu ändern oder zu ergänzen; sie bleiben aber weiterhin an deren tragende Prinzipien gebunden.<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup> BGBl II 1991, 385.



## **Anlage 5) Art. 25 DBA USA (Stand: 1.6.2006)**

### **Art. 25 Verständigungsverfahren**

(1) Ist eine Person der Auffassung, daß Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsbehelfe ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 (Gleichbehandlung) erfaßt wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muß innerhalb von vier Jahren nach der Bekanntgabe der Steuerfestsetzung unterbreitet werden, die zur Doppelbesteuerung oder einer diesem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine diesem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen oder anderen verfahrensrechtlichen Beschränkungen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Insbesondere können sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einigen über:

- a) die übereinstimmende Zurechnung von Einkünften, Abzügen, Anrechnungs- oder Freibeträgen bei der Betriebsstätte eines Unternehmens eines Vertragsstaats, die im anderen Vertragsstaat liegt;
- b) die Übereinstimmung der Abgrenzung von Einkünften, Abzügen, Anrechnungs- oder Freibeträgen zwischen verbundenen Unternehmen und anderen Personen nach den in Artikel 9 (verbundenen Unternehmen) niedergelegten Grundsätzen;
- c) die Beilegung von Anwendungskonflikten bei diesem Abkommen, einschließlich der
  - aa) Qualifikation bestimmter Einkünfte,
  - bb) Qualifikation von Personen,
  - cc) Anwendungen von Regelungen über die Quelle bestimmter Einkünfte und

- dd) der Behandlung von Einkünften, die nach dem Steuerrecht des Quellenstaats den Einkünften aus Aktien gleichgestellt sind und im anderen Staat anderen Einkünften zugeordnet werden;
- d) die gemeinsame Auslegung eines Ausdrucks;
- e) eine den Zielen dieses Abkommens entsprechende Anwendung von Verfahrensvorschriften dieses innerstaatlichen Rechts (einschließlich der Vorschriften über Zuschläge, Geldstrafen und Verzinsung); und
- f) eine Erhöhung der in den Artikeln 17 (Künstler und Sportler) und 20 (Gastprofessoren und -lehrer; Studenten und Auszubildende) genannten Beiträge zur Berücksichtigung der wirtschaftlichen und monetären Entwicklung.

Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in den Fällen vermieden werden kann, die in diesem Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren. Bezieht sich das Verfahren auf einen Einzelfall, so haben die Betroffenen das Recht, ihren Standpunkt der Zuständigen Behörde eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten darzulegen. Erscheint ein mündlicher Meinungs austausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungs austausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.

(5) Haben sich die zuständigen Behörden im Rahmen eines Verständigungsverfahrens nach diesem Artikel erfolglos um eine umfassende Einigung in einem Fall bemüht, so wird der Fall durch ein Schiedsverfahren beigelegt, das entsprechend und gemäß den Anforderungen des Absatzes 6 und den von den Vertragsstaaten durch Notenwechsel auf diplomatischem Weg vereinbarten Vorschriften oder Verfahren durchgeführt wird, wenn

- a) in mindestens einem der Vertragsstaaten Steuererklärungen für die in diesem Fall betroffenen Steuerjahre eingereicht wurden;
- b) der Fall
  - aa) ein Fall ist, bei dem
    - A) ein oder mehrere Artikel anzuwenden sind, auf die sich die Vertragsstaaten geeinigt haben, dass sie einem Schiedsverfahren unterworfen werden sollen, und
    - B) es sich nicht um einen Einzelfall handelt, in dem die zuständigen Behörden vor dem Zeitpunkt, zu dem das Schiedsverfahren anderenfalls begonnen hätte, übereinkommen, dass er für eine Entscheidung durch ein Schiedsverfahren nicht geeignet ist, oder



- bb) ein Einzelfall ist, in dem die zuständigen Behörden übereinstimmen, dass er für eine Entscheidung durch ein Schiedsverfahren geeignet ist, und
- c) alle betroffenen Personen gemäß Absatz 6 Buchstabe d zustimmen.

(6) Für die Zwecke des Absatzes 5 und dieses Absatzes gelten die folgenden Vorschriften und Begriffsbestimmungen:

  - a) Der Ausdruck „betroffene Person“ bedeutet eine Person, die einer zuständigen Behörde einen Fall zur Prüfung gemäß diesem Artikel vorlegt, und gegebenenfalls alle weiteren Personen, deren Steuerpflicht gegenüber einem Vertragsstaat von einer sich aus dieser Prüfung ergebenden Verständigung unmittelbar betroffen sein kann.
  - b) Der „Verfahrensbeginn“ in einem Fall ist der früheste Zeitpunkt, zu dem die für eine sachliche Prüfung hinsichtlich einer Verständigung erforderlichen Informationen beiden zuständigen Behörden zugegangen sind.
  - c) Das Schiedsverfahren in einem Fall beginnt zum späteren der beiden folgenden Zeitpunkte:
    - aa) zwei Jahre nach Verfahrensbeginn in diesem Fall, wenn die beiden zuständigen Behörden sich nicht vorher auf einen anderen Zeitpunkt geeinigt haben, oder
    - bb) der früheste Zeitpunkt nach Eingang des nach Buchstabe d vorgeschriebenen Einverständnisses bei beiden zuständigen Behörden.
  - d) Die betroffene(n) Person(en) und ihre bevollmächtigten Vertreter müssen sich vor Beginn des Schiedsverfahrens bereit erklären, anderen Personen keine im Laufe des Schiedsverfahrens von einem der Vertragsstaaten oder der Schiedsstelle erhaltenen Informationen, mit Ausnahme der Entscheidung der Schiedsstelle, offen zu legen.
  - e) Die Entscheidung gilt als Beilegung durch Verständigung nach diesem Artikel, die für beide Vertragsstaaten bezüglich dieses Falls bindend ist, es sei denn, dass die betroffene Person die Entscheidung der Schiedsstelle nicht anerkennt.
  - f) Für Zwecke eines Schiedsverfahrens nach Absatz 5 und diesem Absatz gelten die Mitglieder der Schiedsstelle und ihre Mitarbeiter als „Personen oder Behörden“, denen nach Artikel 26 (Informationsaustausch und Amtshilfe) des Abkommens Informationen offen gelegt werden dürfen.



## **Anlage 6) Art. 25 US Model Convention 1996**

### **Article 25 Mutual Agreement Procedure**

1. Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Convention, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, *and the time limits prescribed in such laws for presenting claims for refund*, present his case to the competent authority of either Contracting State [].

2. The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Convention. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits or *other procedural limitations* in the domestic law of the Contracting States. *Assessment and collection procedures shall be suspended during the pendency of any mutual agreement proceeding.*

3. The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention. *In particular the competent authorities of the Contracting States may agree:*

- (a) to the same attribution of income, deductions, credits, or allowances of an enterprise of a contracting State to its permanent establishment situated in the other Contracting State;
- (b) to the same allocation of income, deductions, credits, or allowances between persons;
- (c) to the same characterization of particular items of income, including the same characterization of income that is assimilated to income from shares by the taxation law of one of the Contracting States and that is treated as a different class of income in the other State;
- (d) to the same characterization of persons;
- (e) to the same application of source rules with respect to particular items of income;
- (f) to a common meaning of a term;
- (g) to advance pricing arrangements; and
- (h) to the application of the provisions of domestic law regarding penalties, fines, and interest in a manner consistent with the purposes

of the Convention. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Convention.

4. *The competent authorities also may agree to increases in any specific dollar amounts referred to in the Convention to reflect economic or monetary developments.*

5. The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly [ ] for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.<sup>10</sup>

---

<sup>10</sup> Rajaratnam/ Venkatramaiah, S. 2.75f.; Doernberg/ van Raad, S. 212 + 214.

## **Anlage 7) Vorschlag der ICC**

### **Vorgeschlagene Kodifizierung im MA-OECD**

#### **„Article 25A – Arbitration**

1) If a case has been presented to either competent authority under paragraph 1 of Article 25, the case shall be submitted to an arbitration board according to the provisions of this Article at the request of the person who presented the case (in this Article referred to as the "taxpayer") if the competent authority to which the case was presented has not either itself or by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State arrived at a solution within two years of the date on which the case was so presented or if the taxpayer considers that the solution which has been arrived at is not in accordance with the Convention.

2) A request for arbitration must be made by the taxpayer in writing within one year after the two year time limit referred to in paragraph 1 to the competent authority to which the case was presented and the request must include the taxpayer's agreement to be bound by the decision of the arbitration board.

3) The two-year time limit referred to in paragraph 1 shall be extended in the following circumstances:

- a) The two-year limit may be waived by mutual agreement among the competent authorities, the taxpayer and any associated enterprises the profits of which are relevant in determining that double taxation may have resulted (the taxpayer and such other enterprises being referred to in this Article as the "affected taxpayers").
- b) If the case has also been submitted to a competent court or tribunal in either Contracting State, the twoyear time limit shall be computed from the date on which a final judgment has been rendered and all delays for appeal therefrom have expired, or the date upon which the parties to such proceeding have definitively abandoned it.

4) The competent authorities shall establish an arbitration board for each specific case in the following manner:

- a) An arbitration board shall consist of not less than three members. Each competent authority shall appoint the same number of members and these members shall agree on the appointment of the final member.

b) All the members of the arbitration board must be appointed within three months from the date on which the request for arbitration was made.

5) The competent authorities may agree on and instruct the arbitration board regarding specific rules of procedure not inconsistent with this Article. Otherwise, the arbitration board shall establish its own rules of procedure consistent with generally accepted principles of international arbitration.

6) The arbitration board shall be provided with information as follows:

a) Notwithstanding Article 26 (Exchange of Information), the competent authorities shall release to the arbitration board such information as is necessary for carrying out the arbitration procedure.

b) The arbitration board may require the affected taxpayers to produce information but subject to the limitations on production applicable under the domestic law applicable to them.

c) Arbitration board members (and their staffs) upon their appointment must agree in writing to abide by and be subject to the most restrictive confidentiality and disclosure provisions of both Contracting States and the Convention.

7) The affected taxpayers and their representatives shall be afforded the opportunity to submit relevant information, to present their oral or written arguments to the arbitration board and to respond to arguments or evidence submitted by the Contracting States, in accordance with the applicable procedural rules.

8) The taxpayer may, at any time, conclusively terminate the arbitration by notice to the arbitration board.

9) The arbitration board shall decide each specific case as follows:

a) The decision shall be made on the basis of the Convention, having regard to the domestic laws of the Contracting States and the principles of international law, with a view to eliminating double taxation.

b) The arbitration board shall adopt its opinion by simple majority.

c) The arbitration board shall deliver its opinion not more than one year from the date on which the matter was referred to it.

d) The arbitration board will provide to the competent authorities and to the affected taxpayers an explanation of its decision.

10) The decision of the arbitration board in a particular case shall be binding on both Contracting States and the taxpayer who presented the case to the competent authority, solely with respect to that case.

11) Costs for the arbitration proceedings will be borne in the following manner:

- a) Each Contracting State shall bear the cost of remuneration for the member(s) appointed by it, as well as for its representation in the proceedings.
- b) The affected taxpayers shall bear the cost of their representation in the proceedings.
- c) All other costs of the arbitration board shall be shared equally between the Contracting States.
- d) The arbitration board may decide on a different allocation of costs.

12) The competent authorities may agree to modify or supplement the procedures governing the arbitration board as set out in this Article; however, they shall continue to be bound by the general principles established herein.

13) Each Contracting State shall implement the conclusions of the arbitration board notwithstanding any other provision of domestic law, including otherwise applicable time limits.<sup>11</sup>

### **Vorgeschlagene Kommentierung**

Vom Abdruck der vorgeschlagenen Kommentierung wurde hier abgesehen.<sup>12</sup>

---

<sup>11</sup> Dieser Entwurf findet sich bei OECD, Improving, S. 48 – 50.

<sup>12</sup> Der Entwurf der Kommentierung findet sich bei OECD, Improving, S. 50 – 55.





## **Anlage 8) Vorschlag der IFA**

### **Vorgeschlagene Kodifizierung im MA-OECD**

#### **„Article 25A: Arbitration of Treaty Controversies**

##### 1. Binding Arbitration

(a) If a case has been presented to the competent authority of one of the Contracting States in accordance with paragraph (1) of Article 25 and within two years following such presentation the competent authorities have not reached a mutual agreement [or if the person presenting the case to the competent authority (the “taxpayer”) considers that the agreement reached is not in accordance with this Convention], the matter shall be settled by binding arbitration in accordance with this Article and with a Memorandum of Understanding to be exchanged through diplomatic channels, which the competent authorities may from time to time modify and supplement in order better to implement the provisions of this Article.

(b) The seat of the arbitration shall be selected by the Arbitral Tribunal but in all cases shall be in one of the Contracting States. The award shall be deemed made in such Contracting State, although for convenience arbitrators may hold hearings or deliberations in any location.

##### 2. Taxpayer Agreement to Arbitrate

###### Alternative 1

Arbitration will take place only if the taxpayer and all relevant associated enterprises in each Contracting State, if any, submit in writing to both of the competent authorities their agreement that the case will be subject to arbitration as provided herein and that the taxpayer and each such enterprise will be bound by any final award.

###### Alternative 2

A taxpayer presenting a request to the relevant competent authority must, as a condition to its consideration, submit in writing to such authority its agreement, and the agreement of all relevant associated enterprises in each Contracting State, if any, that the case will be subject to arbitration as provided herein and that the taxpayer and each such enterprise will be bound by any final award.

### Alternative 3

A taxpayer submitting a case to the relevant competent authority must, as a condition of its consideration of the request, submit in writing to such authority its agreement, and the agreement of all relevant associated enterprises in each Contracting State, if any, that it will not bring or prosecute any judicial or administrative proceeding under the national law of either Contracting State relating to the subject matter of the case. Arbitration will take place only if thereafter the taxpayer and each such enterprise submits in writing to both of the competent authorities its agreement that the case will be subject to arbitration as provided herein and that the taxpayer and each such enterprise will be bound by any final award.

#### 3. Initiation of Arbitration

Arbitration may be initiated by the competent authority of either Contracting State or the taxpayer by submitting a written Request for Arbitration to the Appointing Authority designated in paragraph 5 of this Article no sooner than two (2) years and not later than four (4) years following the initial presentation of the case to the relevant competent authority.

#### 4. Matters Subject to Arbitration

All issues arising under this Convention may be subject to arbitration except those relating to Articles 25-30 [of the current OECD Model Convention, concerning the mutual agreement procedure, exchange of information, diplomatic and consular missions, territorial extension, entry into force and termination]. In any case in which an arbitral tribunal decides that the Convention rather than national law governs a particular issue or claim, the decision not to apply national law shall be subject to judicial review pursuant to Articles 7(b)(ii) and 8(b).

#### 5. Constitution of the Arbitral Tribunal

(a) The Permanent Court of Arbitration in the Hague shall serve as Appointing Authority and fulfill all functions assigned to it under this Article and the related Memorandum of Understanding.

(b) Number of Arbitrators and Method of Appointment

### Alternative 1

Unless the competent authorities of both Contracting States and the taxpayer agree otherwise, the Arbitral Tribunal shall be composed of three members. Within sixty days after a Request for Arbitration has been filed, the competent authority of each Contracting State shall

nominate one arbitrator. Unless the two arbitrators so nominated can agree on a Presiding Arbitrator within thirty days after the nomination of the later of the two, the Presiding Arbitrator shall be nominated by the Appointing Authority. Should any Contracting State fail to appoint an arbitrator within the above-mentioned time, such nomination shall be made by the Appointing Authority.

#### Alternative 2

Unless the competent authorities of both Contracting States and the taxpayer agree otherwise, the Arbitral Tribunal shall be composed of four members. Within sixty days after a Request for Arbitration has been filed, the competent authorities of the Contracting States and the taxpayer shall each nominate one arbitrator. Unless the three arbitrators so nominated can agree on a Presiding Arbitrator within thirty days after the nomination of the last of the three, the Presiding Arbitrator shall be nominated by the Appointing Authority. Should any Contracting State or the taxpayer fail to appoint an arbitrator within the above-mentioned time, such nomination shall be made by the Appointing Authority.

#### Alternative 3

Unless the competent authorities of both Contracting States and the taxpayer agree otherwise, the Arbitral Tribunal shall be composed of five members. Within sixty days after a Request for Arbitration has been filed, the competent authorities of the Contracting States and the taxpayer shall each nominate one arbitrator. Unless within thirty days after the nomination of the last of the three, the three arbitrators so nominated can agree on two other arbitrators and the designation of one to serve as Presiding Arbitrator, then the other two arbitrators shall be nominated and the designation of the Presiding Arbitrator shall be made by the Appointing Authority. Should any Contracting State or the taxpayer fail to appoint an arbitrator within the above-mentioned time, such nomination shall be made by the Appointing Authority.

#### Alternative 4

Unless the competent authorities of both Contracting States and the taxpayer agree otherwise, the Arbitral Tribunal shall be composed of three members all of whom shall be named by the Appointing Authority.

(c) No arbitrator may be an employee or consultant of a Contracting State or the taxpayer or any related person. Each individual nominated to serve as an arbitrator shall disclose links to either Contracting State or the taxpayer or any related person that might create reasonable doubts about the individual's ability to render a fair decision.

(d) The Presiding Arbitrator shall be a lawyer fluent in [language(s) appropriate for both parties], shall not have the nationality of either

Contracting State and shall be independent of the governments of both Contracting States and the taxpayer(s). The Presiding Arbitrator shall have substantial experience in international arbitration, in addition to familiarity with international tax matters.

(e) Either competent authority or the taxpayer may challenge an arbitrator's qualifications or independence by submitting a written statement to the Appointing Authority specifying the facts on which the challenge is based. Such challenge shall be made within thirty (30) days from receipt from the Appointing Authority of notification of the appointment or from the date on which the challenging party became aware of the circumstances on which the challenge is based. The Appointing Authority shall determine whether the individual shall serve or continue to serve.

#### 6. Lis Alibi Pendens

Arbitral proceedings pursuant to this Article shall suspend any pending judicial or administrative proceedings in either of the Contracting States involving the arbitration's parties and subject matter.

#### 7. Enforcement of Arbitration and Arbitral Awards

(a) As provided in this Article or the Memorandum of Understanding giving effect thereto, each Contracting State shall grant recognition to and enforce the commitment to arbitrate herein and any resulting award.

(b) Each Contracting State irrevocably waives any right to assert that controversies subject to this Article are non-arbitrable and shall grant to an award rendered pursuant to this Article the same res judicata effect as a final domestic judgment. Awards rendered pursuant to this Article shall be subject to challenge only for

- (i) an arbitrator's bias or corruption,
- (ii) an award misconstruing the arbitral tribunal's jurisdiction
- (iii) irregular composition of the arbitral tribunal or
- (iv) conduct of the proceedings in a way that denies a participant the opportunity to present its case or which deviates significantly from the procedural mission established by the Contracting States.

(c) To the extent relevant, each Contracting State accepts that any award shall be considered "not domestic" under the 1958 United Nations Arbitration Convention, that a claim submitted to arbitration shall be considered to arise out of a commercial relationship or transaction, and that the Contracting States shall be considered "persons" for purposes of applying that Convention.

(d) Public policy shall not be deemed to have been violated solely by reason of the arbitrators' substantive decision on the legal and factual merits of the case.

(e) No award under this Article shall be denied recognition by reason of the Act of State doctrine.

(f) The otherwise applicable grounds for vacating an arbitral award under national arbitration law shall not apply. Review of arbitral awards shall be limited to the country in which the award is presented for recognition.

## 8. Jurisdictional Rulings

(a) Subject to the last sentence of paragraph 4 and paragraph 7 (b) (ii), the arbitral tribunal may rule on whether matters submitted to arbitration fall within the tribunal's jurisdiction.

(b) Any such ruling may be challenged at the time the award is presented for recognition and enforcement.

(c) In the event that an arbitral tribunal fails to decide a claim because it deems the matter to be outside the scope of the convention, and thus governed solely by national law, either Contracting State or the taxpayer may challenge this finding before a Jurisdictional Review Panel. This Panel shall be constituted according to the process provided in Article 5. The Panel shall consider de novo whether the claim is governed by the Convention. The decision of the Panel shall be final. Following a decision that a claim is governed by this Convention, a new arbitral tribunal shall be constituted pursuant to Article 5 and shall be bound by the Panel's jurisdictional determination."<sup>13</sup>

## **Vorgeschlagenes Memorandum of Understanding**

### „1. Procedural Rules for Establishment of Facts and Law

(a) The Arbitral Tribunal shall establish the facts and law of any case by all means that it deems appropriate.

(b) Each Contracting State and the taxpayer shall have an equal right to make submissions and, at the discretion of the Arbitral Tribunal, to present oral testimony.

(c) The Arbitral Tribunal shall look for guidance to the Arbitration Rules of the International Chamber of Commerce and to the IBA Rules on the Taking of Evidence in International Commercial Arbitration.

(d) At the outset of the proceedings, the competent authorities shall furnish to the Arbitral Tribunal all written communications between

---

<sup>13</sup> Dieser Entwurf findet sich bei OECD, Improving, S. 41 – 45.

them which describe the relevant issues. Based on these submissions, the Arbitral Tribunal shall, in consultation with them and the taxpayer, establish Terms of Reference setting forth the scope of the arbitration and relevant issues.

(e) In all cases, each of the competent authorities and the taxpayer will be entitled to submit at least one memorandum and one rebuttal memorandum (each relating to relevant issues of law and fact), along with witness statements and expert reports where appropriate.

## 2. Language

The language of the arbitration shall be [\_\_\_\_\_] unless otherwise agreed by the competent authorities.

## 3. Applicable Law

The Arbitral Tribunal shall apply the terms of the Convention. In determining the intent of the Contracting States, the Arbitral Tribunal shall apply the principles of the 1969 Vienna Convention on the Law of Treaties, including reference to the following interpretative aids:

- (i) jointly agreed commentaries and explanations of the Contracting States;
- (ii) common principles of the Contracting States' laws;
- (iii) OECD commentary on analogous portions of the OECD Model Tax Convention; and
- (iv) internationally recognized tax and accounting principles.

## 4. Last Best Offer Arbitration

If the competent authorities and the taxpayer so direct, the Arbitral Tribunal may be required to choose among the last best offers of a proposed adjustment submitted by each Contracting State and the taxpayer.

## 5. Interim Measures of Protection

Nothing contained in this Memorandum of Understanding or the provisions of the Convention shall prevent either Contracting State from seeking interim measures of protection such as pre-award attachment of assets.

## 6. Multi-State Disputes

If the dispute implicates more than two countries that have submitted related transfer pricing disputes to arbitration, the Appointing Authority shall endeavor to obtain agreement of all relevant parties to a joinder of

all relevant proceedings into a single arbitration before a single Tribunal all of whose members shall be nominated by the Appointing Authority.

#### 7. Majority Decisions

Decisions shall be taken by a majority of the arbitrators. Failing a result that commands a majority, the Presiding Arbitrator's decision shall be binding.

#### 8. Truncated Tribunal

In the event that any arbitrator dies, resigns, is successfully challenged for lack of independence or qualifications, or is otherwise unable to serve, the Appointing Authority shall appoint a successor as it deems appropriate. However, should a vacancy occur subsequent to the close of the evidentiary stage of the arbitration, the Appointing Authority may direct the remaining arbitrators to make a determination without a successor member of the tribunal.

#### 9. Tribunal Compensation

##### (a) Amount of Remuneration

##### Alternative 1

The Appointing Authority shall fix the arbitrators' compensation and assess its own administrative fee according to the scale currently adopted by the International Chamber of Commerce in Paris.

##### Alternative 2

The arbitrators' compensation shall be fixed on the basis of an hourly rate disclosed in advance of appointment, which shall not exceed US \$ XXX. The administrative fee charged by the Appointing Authority shall be disclosed to the Contracting States and the taxpayer at the time of appointment.

(b) Each of the Contracting States and the taxpayer shall be liable for one-third of the costs of the arbitration. Prior to the transmittal of the file to the arbitrators, each Contracting State and the taxpayer shall in equal portions deposit with the Appointing Authority an advance on costs to be fixed by the Appointing Authority, subject to later adjustment as appropriate. No award shall be issued without full payment of any advance on costs requested by the Appointing Authority.

(c) Should either Contracting State or the taxpayer refuse to pay its portion of the advance on costs, the other Contracting State or the taxpayer may make substitute payment on behalf of the defaulting party and shall be entitled to reimbursement therefore as the Arbitral Tribunal shall direct.

(d) At the time it issues an award, the Arbitral Tribunal may, if it deems appropriate, assess costs (including attorney's fees) against a Contracting State.

#### 10. Penalties

The Arbitral Tribunal shall have no authority to award penalties.

#### 11. Furnishing of Information

Each of the competent authorities and the taxpayer shall furnish to the Arbitral Tribunal all available documentation and information which it requests. If it determines that any party has failed to observe this obligation in good faith the Tribunal shall be entitled to draw negative inferences and/or assess costs against the non-complying party.

#### 12. Confidentiality

The arbitral proceedings, any documents or information furnished to the Arbitral Tribunal and any rulings shall be kept confidential by the Contracting States, the taxpayers and members of the Arbitral Tribunal, and shall not be disclosed except:

- (i) as necessary for recognition of the award;
- (ii) with the consent of all parties; or
- (iii) as required by law. Unless otherwise agreed by the Contracting States and the taxpayer, any award which is published shall be redacted to prevent disclosure of any confidential information. Upon the rendering of an award, each Contracting State and the taxpayer shall submit to the Arbitral Tribunal its proposed redactions, and the Tribunal shall decide which of these will be made.

#### 13. Relief Awarded

Unless authorized by the Contracting States no Arbitral Tribunal may render an award calculating national tax due or to be refunded. In the event that an issue before the arbitral tribunal will recur in future years, the award may grant declaratory relief with respect to such years, which shall be binding only to the extent that in such future years the relevant circumstances are not materially changed. Unless authorized by the Contracting States and the taxpayer(s), no arbitral tribunal may decide *ex aequo et bono* or in *amiable composition*.<sup>14</sup>

---

<sup>14</sup> Dieser Entwurf findet sich bei OECD, Improving, S. 45 – 47.



## Anlage 9) Übersicht über DBA Deutschland (Stand 1.1.2006)

Auszug aus der Anlage zum BMF-Schreiben IV B 5 - S 1301 - 1/06 vom  
11.1.2006

IV B 5 / StandDBA01012006

### Stand der Doppelbesteuerungsabkommen

1. Januar 2006

#### I. Geltende Abkommen

Abkommen		Fundstelle				Inkrafttreten				Anwendung grundsätzlich ab
		BGBI. II		BStBI I		BGBI. II		BStBI I		
mit	vom	Jg.	S.	Jg.	S.	Jg.	S.	Jg.	S.	
<b>1. Abkommen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen</b>										
Ägypten	08.12.1987	1990	278	1990	280	1991	1.042	1992	7	01.01.1992
Argentinien	13.07.1978/	1979	585	1979	326	1979	1.332	1980	51	01.01.1976
	16.09.1996	1998	18	1998	187	2001	694	2001	540	01.01.1996
Armenien	24.11.1981	1983	2	1983	90	1983	427	1983	352	01.01.1980
(DBA mit UdSSR gilt fort, BGBI. 93 II S. 169)										
Aserbaidschan	25.08.2004	2005	1.146							01.01.2006
(In Kraft getreten am 28. Dezember 2005)										
Australien	24.11.1972	1974	337	1974	423	1975	216	1975	386	01.01.1971
Bangladesch <sup>1</sup>	29.05.1990	1991	1.410	1992	34	1993	847	1993	466	01.01.1990
Belarus (Weißrussland)	24.11.1981	1983	2	1983	90	1983	427	1983	352	01.01.1980
(DBA mit UdSSR gilt fort, BGBI. 94 II S. 2.533)										
Belgien	11.04.1967/	1969	17	1969	38	1969	1.465	1969	468	01.01.1966
	05.11.2002	2003	1.615	2005	346	2003	1.744	2005	348	01.01.2004
Bolivien	30.09.1992	1994	1.086	1994	575	1995	907	1995	758	01.01.1991
Bosnien und Herzegowina	26.03.1987	1988	744	1988	372	1988	1.179	1989	35	01.01.1989
(DBA mit SFR Jugoslawien gilt fort, BGBI. 92 II S. 1.196)										
Brasilien	27.06.1975	1975	2.245	1976	47	1976	200	1976	86	01.01.1975
(Kündigung vom 7. April 2005)										
Bulgarien	02.06.1987	1988	770	1988	389	1988	1.179	1989	34	01.01.1989
China	10.06.1985	1986	446	1986	329	1986	731	1986	339	01.01.1985
(ohne Hongkong und Macau)										
Côte d'Ivoire	03.07.1979	1982	153	1982	357	1982	637	1982	628	01.01.1982
Dänemark	22.11.1995	1996	2.565	1996	1.219	1997	728	1997	624	01.01.1997
Ecuador	07.12.1982	1984	466	1984	339	1986	781	1986	358	01.01.1987
Estland	29.11.1996	1998	547	1998	543	1999	84	1999	269	01.01.1994
Finnland	05.07.1979	1981	1.164	1982	201	1982	577	1982	587	01.01.1981
Frankreich	21.07.1959/	1961	397	1961	342	1961	1.659	1961	712	01.01.1957
	09.06.1969/	1970	717	1970	900	1970	1.189	1970	1.072	01.01.1968
	28.09.1989/	1990	770	1990	413	1991	387	1991	93	01.01.1990
	20.12.2001	2002	2.370	2002	891	2003	542	2003	383	01.01.2002
Georgien	24.11.1981	1983	2	1983	90	1983	427	1983	352	01.01.1980
(DBA mit UdSSR gilt fort, BGBI. 92 II S. 1.128)										
Griechenland	18.04.1966	1967	852	1967	50	1968	30	1968	296	01.01.1964
Indien	19.06.1995	1996	706	1996	599	1997	751	1997	363	01.01.1997
Indonesien	30.10.1990	1991	1.086	1991	1.001	1991	1.401	1992	186	01.01.1992
Iran, Islamische Republik	20.12.1968	1969	2.133	1970	768	1969	2.288	1970	777	01.01.1970
							1970	282		
Irland	17.10.1962	1964	266	1964	320	1964	632	1964	366	01.01.1959
Island	18.03.1971	1973	357	1973	504	1973	1.567	1973	730	01.01.1968
Israel	09.07.1962/	1966	329	1966	700	1966	767	1966	946	01.01.1961
	20.07.1977	1979	181	1979	124	1979	1.031	1979	603	01.01.1970
Italien	18.10.1989	1990	742	1990	396	1993	59	1993	172	01.01.1993
Jamaika	08.10.1974	1976	1.194	1976	407	1976	1.703	1976	632	01.01.1973
Japan	22.04.1966/	1967	871	1967	58	1967	2.028	1967	336	01.01.1967
	17.04.1979/	1980	1.182	1980	649	1980	1.426	1980	772	01.01.1977
	17.02.1983	1984	194	1984	216	1984	567	1984	388	01.01.1981
Kanada	19.04.2001	2002	671	2002	505	2002	962	2002	521	01.01.2001
Kasachstan	26.11.1997	1998	1.592	1998	1.029	1999	86	1999	269	01.01.1996
Kenia	17.05.1977	1979	606	1979	337	1980	1.357	1980	792	01.01.1980
Kirgisistan	24.11.1981	1983	2	1983	90	1983	427	1983	352	01.01.1980
(DBA mit UdSSR gilt fort, BGBI. 92 II S. 1.015)										
Korea, Republik	10.03.2000	2002	1.630	2003	24	2002	2.855	2003	36	01.01.2003

Abkommen mit	vom	Fundstelle				Inkrafttreten				Anwendung grundsätzlich ab
		BGBI. II	S.	Jg.	BStBl I	S.	Jg.	BGBI. II	S.	
<b>(noch 1. Abkommen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen)</b>										
Kroatien	26.03.1987	1988	744	1988	372	1988	1.179	1989	35	01.01.1989
(DBA mit SFR Jugoslawien gilt fort, BGBI. 92 II S. 1.146)										
Kuwait	04.12.1987	1989	354	1989	150	1989	637	1989	268	01.01.1998
	18.05.1999	2000	390	2000	439	2000	1.156	2000	1.383	01.01.1998
Lettland	21.02.1997	1998	330	1998	531	1998	2.630	1998	1.219	01.01.1996
Liberia	25.11.1970	1973	1.285	1973	615	1975	916	1975	943	01.01.1970
Litauen	22.07.1997	1998	1.571	1998	1.016	1998	2.962	1999	121	01.01.1995
Luxemburg	23.08.1958/1959	1959	1.269	1959	1.022	1960	1.532	1960	398	01.01.1957
	15.06.1973	1978	109	1978	72	1978	1.396	1979	83	01.01.1971
Malaysia	08.04.1977	1978	925	1978	324	1979	288	1979	196	01.01.1979
Malta	08.03.2001	2001	1.297	2002	76	2002	320	2002	240	01.01.2002
Marokko	07.06.1972	1974	21	1974	59	1974	1.325	1974	1.009	01.01.1974
Mauritius	15.03.1978	1980	1.261	1980	667	1981	8	1981	34	01.01.1979
Mazedonien	26.03.1987	1988	744	1988	372	1988	1.179	1989	35	01.01.1989
(DBA mit SFR Jugoslawien gilt fort, BGBI. 94 II S. 326)										
Mexiko	23.02.1993	1993	1.966	1993	964	1994	617	1994	310	01.01.1994
Moldau, Republik	24.11.1981	1983	2	1983	90	1983	427	1983	352	01.01.1980
(DBA mit UdSSR gilt fort, BGBI. 96 II S. 768)										
Mongolei	22.08.1994	1995	818	1995	607	1996	1.220	1996	1.135	01.01.1997
Namibia	02.12.1993	1994	1.262	1994	673	1995	770	1995	678	01.01.1993
Neuseeland	20.10.1978	1980	1.222	1980	654	1980	1.485	1980	787	01.01.1978
Niederlande	16.06.1959/1960	1960	1.781	1960	381	1960	2.216	1960	626	01.01.1956
	13.03.1980/1980	1980	1.150	1980	646	1980	1.486	1980	787	01.01.1979
	21.05.1991/1991	1991	1.428	1992	94	1992	170	1992	382	21.02.1992
	04.06.2004	2004	1.653	2005	364	2005	101	2005	368	01.01.2005
Norwegen	04.10.1991	1993	970	1993	655	1993	1.895	1993	926	01.01.1991
Österreich	24.08.2000	2002	734	2002	584	2002	2.435	2002	958	01.01.2003
Pakistan	14.07.1994	1995	836	1995	617	1996	467	1996	445	01.01.1995
Philippinen	22.07.1983	1984	878	1984	544	1984	1.008	1984	612	01.01.1985
Polen	14.05.2003	2004	1.304	2005	15	2005	55	2005	27	01.01.2005
Portugal	15.07.1980	1982	129	1982	347	1982	861	1982	763	01.01.1983
Rumänien	04.07.2001	2003	1.594	2004	273	2004	102	2004	286	01.01.2004
Russische Föderation	29.05.1996	1996	2.710	1996	1.490	1997	752	1997	363	01.01.1997
Sambia	30.05.1973	1975	661	1975	688	1975	2.204	1976	7	01.01.1971
Schweden	14.07.1992	1994	686	1994	422	1995	29	1995	88	01.01.1995
Schweiz	11.08.1971/1972	1972	1.021	1972	518	1973	74	1973	61	01.01.1972
	30.11.1978/1980	1980	751	1980	398	1980	1.281	1980	678	01.01.1977
	17.10.1989/1990	1990	766	1990	409	1990	1.698	1991	93	01.01.1990
	21.12.1992/1993	1993	1.886	1993	927	1994	21	1994	110	01.01.1994
	12.03.2002	2003	67	2003	165	2003	436	2003	329	01.01.02/01.01.04
Serbien und Montenegro	26.03.1987	1988	744	1988	372	1988	1.179	1989	35	01.01.1989
(Namensänderung; ehem. Bundesrepublik Jugoslawien)										
(DBA mit SFR Jugoslawien gilt fort, BGBI. 97 II S. 961)										
Simbabwe	22.04.1988	1989	713	1989	310	1990	244	1990	178	01.01.1987
Singapur	19.02.1972	1973	373	1973	513	1973	1.528	1973	688	01.01.1968
Slowakei	19.12.1980	1982	1.022	1982	904	1983	692	1983	486	01.01.1984
(DBA mit Tschechoslowakei gilt fort, BGBI. 93 II S. 762)										
Slowenien	26.03.1987	1988	744	1988	372	1988	1.179	1989	35	01.01.1989
(DBA mit SFR Jugoslawien gilt fort, BGBI. 93 II S. 1.261)										
Spanien	05.12.1966	1968	9	1968	296	1968	140	1968	544	01.01.1968
Sri Lanka	13.09.1979	1981	630	1981	610	1982	185	1982	373	01.01.1983
Südafrika	25.01.1973	1974	1.185	1974	850	1975	440	1975	640	01.01.1965
Tadschikistan	27.03.2003	2004	1.034	2005	15	2004	1.565	2005	27	01.01.2005
Thailand	10.07.1967	1968	589	1968	1.046	1968	1.104	1969	18	01.01.1967
Trinidad und Tobago	04.04.1973	1975	679	1975	697	1977	263	1977	192	01.01.1972
Tschechien	19.12.1980	1982	1.022	1982	904	1983	692	1983	486	01.01.1984
(DBA mit Tschechoslowakei gilt fort, BGBI. 93 II S. 762)										
Türkei	16.04.1985	1989	866	1989	471	1989	1.066	1989	482	01.01.1990
Tunesien	23.12.1975	1976	1.653	1976	498	1976	1.927	1977	4	01.01.1976
Turkmenistan	24.11.1981	1983	2	1983	90	1983	427	1983	352	01.01.1980
(DBA mit UdSSR gilt fort, Bericht der Botschaft Aschgabat vom 11. August 1999 – Nr. 377/99)										
Ukraine	03.07.1995	1996	498	1996	675	1996	2.609	1996	1.421	01.01.1997
Ungarn	18.07.1977	1979	626	1979	348	1979	1.031	1979	602	01.01.1980
Uruguay	05.05.1987	1988	1.060	1988	531	1990	740	1990	365	01.01.1991
Usbekistan	07.09.1999	2001	978	2001	765	2002	269	2002	239	01.01.2002
Venezuela	08.02.1995	1996	727	1996	611	1997	1.809	1997	938	01.01.1997
Vereinigte Arab. Emirate	09.04.1995	1996	518	1996	588	1996	1.221	1996	1.135	01.01.1992
Vereinigtes Königreich	26.11.1964/1966	1966	358	1966	729	1967	828	1967	40	01.01.1960
	23.03.1970	1971	45	1971	139	1971	841	1971	340	30.05.1971
Vereinigte Staaten	29.08.1989	1991	354	1991	94	1992	235	1992	262	01.01.1990
Vietnam	16.11.1995	1996	2.622	1996	1.422	1997	752	1997	364	01.01.1997
Zypern	09.05.1974	1977	488	1977	340	1977	1.204	1977	618	01.01.1970